



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Verzicht auf die Einführung einer Kunststoffverpackungsteuer

Aktuell seit 09.10.2026 11:44:56

Angegeben von:

Verband der Automobilindustrie e.V. (R001243) am 09.10.2026

Beschreibung:

Der VDA setzt sich dafür ein, von der Einführung einer Kunststoffverpackungsteuer oder vergleichbarer Mehrbelastungen abzusehen. Bereits die bestehende Regulatorik (z.B. EU-Verpackungsverordnung) verpflichtet die Unternehmen, den Verbrauch von Kunststoffverpackungen zu reduzieren, die Recyclingfähigkeit zu verbessern und die Kreislaufwirtschaft zu stärken. Eine Kunststoffverpackungsteuer würde insbesondere bei industriellen Transport- und Verbundverpackungen zu erheblichen finanziellen und administrativen Mehrbelastungen für die Unternehmen führen, ohne eine nennenswerte ökologische Lenkungswirkung zu erzielen. Die Steuer ist auch abzulehnen, weil die sehr hohen Bürokratiekosten für Wirtschaft und Verwaltung in keinem vertretbaren Verhältnis zu den erwarteten Mehreinnahmen stehen.

Betroffene Interessenbereiche (1)

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]